



Ausschuss für Kommunalpolitik

40. Sitzung (öffentlich)

11. Oktober 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:15 Uhr bis 11:50 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Entwurf einer Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den militärischen Flugplatz Geilenkirchen (Fluglärm-schutzverordnung Geilenkirchen – FluLärmGeilenkV) **5**

Vorlage 16/1161

In Verbindung mit:

Entwurf einer Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den militärischen Flugplatz Geilenkirchen

Vorlage 16/1166

Ohne Aussprache stimmt der Ausschuss der Vorlage mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

2 Eckpunkte für eine Reform des Länderfinanzausgleichs und der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen 6

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1911

Ausschussprotokoll 16/274

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss lehnt den Antrag der CDU mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der PIRATEN und der FDP ab. Das Ergebnis wird dem federführenden Haushalts- und Finanzausschuss mitgeteilt.

3 Fahrplan Breitbandausbau für Nordrhein-Westfalen 7

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2280

Ausschussprotokoll 16/312

– Abstimmung gemäß Vereinbarungen der Fraktionen –

Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN bei Enthaltung der FDP den Antrag ab; das Ergebnis wird dem federführenden Wirtschaftsausschuss mitgeteilt.

**4 Achtung! YES; WE SCAN.
Bürger in NRW vor PRISM und anderen Überwachungsprogrammen schützen 10**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3249

Der Ausschuss verzichtet mit Blick auf die anstehende Beratung und Entscheidung des Ältestenrates über ein mögliches Sachverständigengespräch zu dem Thema auf ein Votum und will das Ergebnis des Ältestenrates dazu abwarten.

5 Gesetz zur Änderung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes NRW (ELAGÄndG) 11

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3966

Stellungnahme 16/1113
Stellungnahme 16/1121

Der Ausschuss kommt überein, die Schlussberatung am 8. November 2013 zu führen.

6 Gesetz zur Weiterentwicklung der politische Partizipation in den Gemeinden und zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften 13

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3967

Der Ausschuss kommt überein, zu dem oben genannten Gesetz und dem Antrag der PIRATEN Drucksache 16/3244 eine gemeinsame Anhörung mit dem Integrationsausschuss am 22.11.13, 10:00 Uhr, durchzuführen.

7 Gegen Sperrklauseln – Verbot im Kommunalwahlgesetz verankern 14

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3838

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag des Vorsitzenden überein, die Anhörung zu dem Antrag voraussichtlich am 6. Dezember 2013 durchzuführen.

8 Bundesweiter Umgang mit den Zensuszahlen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs 15

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/1173

Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Aussprache zur Kenntnis.

6 Gesetz zur Weiterentwicklung der politische Partizipation in den Gemeinden und zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3967

Vorsitzender Christian Dahm leitet ein, die Federführung obliege dem AKo; mitberatend sei der Integrationsausschuss.

Darüber hinaus liege der Antrag der Fraktion der Piraten „Kommunales Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und -bürger“ Drucksache 16/3244 vor, mit dem sich der Ausschuss schon einmal kurz befasst habe.

Gemeinsam mit den Obleuten und dem Integrationsausschuss habe man sich auf ein Anhörungsverfahren verständigt. Die Anhörung solle zu beiden Beratungsgegenständen am 22.11.2013, 10:00 Uhr, im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung beider Ausschüsse durchgeführt werden. Dazu sollten dann die kommunalen Spitzenverbände, die kommunalpolitische Vereinigung der Parteien und der Landesintegrationsrat sowie zwei weitere Sachverständige je Fraktion gehört werden.

Im Integrationsausschuss solle der Gesetzentwurf am 04.12.2013 abgeschlossen werden. Nach Auswertung der Anhörung werde dann am 6. Dezember 2013 der AKo beraten und Beschluss fassen.

Der Ausschuss kommt überein, zu dem oben genannten Gesetz und dem Antrag der PIRATEN Drucksache 16/3244 eine gemeinsame Anhörung mit dem Integrationsausschuss am 22.11.13, 10:00 Uhr, durchzuführen.

